

# Zukunft der Zement-, Kalk- und Steinindustrie

in Südwestfalen &  
Beckum/Neubeckum/Ennigerloh



## 1. Vorwort

2

Bereits im Jahr 2000 legte der Deutsche Gewerkschaftsbund Region Südöstliches Westfalen (heute DGB Region Hellweg-Sauerland) das »Positionspapier zur Zukunft der Zement-, Kalk- und Steinindustrie in der Region Hellweg-Hochsauerland« vor. Ziel dieses Positionspapiers war das Schaffen eines Konsenses zwischen Umweltschutz und industrieller Produktion und eines gemeinschaftlichen Bündnisses für Arbeit, Umwelt- und Naturschutz.

Die Vorstellungen des DGB wurden von der Bezirksregierung Arnsberg aufgegriffen und durch die »Konsensgespräche für die Zukunft der Zement-, Kalk- und Steinindustrie in der Region Hellweg-Hochsauerland« unterstützt und begleitet.

Ebenfalls bildete sich im Kreis Soest aufgrund der EG-Vogelschutzrichtlinie eine Konsensrunde, die sich mit der Zukunft der Zement- und Steinindustrie in Anröchte, Erwitte und Geseke beschäftigte und das Positionspapier des DGB in ihre Überlegungen mit einbezog. Ergebnis dieser politischen Arbeit ist die »Vereinbarung zum Schutze der Wiesenweihe und der anderen Offenlandarten in der Hellwegbörde«, die sowohl Natur und Umwelt wie auch die Arbeitsplätze schützt. Diese Vereinbarung findet ihren Niederschlag in der »16. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Dortmund - östlicher Teil - im

Bereich der Stadt Geseke - regional-planerische Sicherung des Folgenutzungskonzeptes für den Kalksteinabbau«.

Das gute Beispiel aus der Hellwegbörde will der DGB mit der IG Bauen, Agrar, Umwelt (IG BAU) und der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) als zuständige Fachgewerkschaften auf ganz Südwestfalen und auf Beckum/Neubeckum/Ennigerloh übertragen. Denn in Regionen, in denen industrielle Produktion, Wirtschaft und Natur in enger Nachbarschaft liegen, darf die regionale Strukturpolitik nicht in der Form gestaltet werden, dass Natur- und Umweltschutz kontra Arbeitsplätze und Wirtschaftsentwicklung stehen.

Zukunftsfähiger ist, die unterschiedlichen Interessen durch tragfähige Konsense und Vereinbarungen in Einklang zu bringen. Denn nachhaltiger Natur- und Umweltschutz führt nur dann zum Erfolg, wenn tragfähige Vereinbarungen mit den Menschen getroffen werden, deren Existenzbedingungen von den Schutzmaßnahmen berührt sind.

Wir bedanken uns beim DGB-Bundesvorstand, der dieses Positionspapier im Rahmen der »Initiative Trendwende« unterstützt hat. Unser Dank gilt auch der Bezirksregierung Arnsberg, deren Sachinformationen uns eine große Hilfe waren.



## 2. Beschäftigungszahlen und Strukturdaten

In Südwestfalen finden nach einer Erhebung der IHK Arnsberg aus dem Jahr 1999 - eine neuere Erhebung liegt noch nicht vor - rund 2.000 Menschen in 75 Betrieben Beschäftigung in der Gewinnung und Weiterverarbeitung heimischer Steine und Erden.

86 % der Betriebe besitzen eine eigene Rohstoffgewinnung, bei 44 % liegt der Schwerpunkt in der Weiterverarbeitung.

Die Zement-, Kalk- und Steinindustrie in der Region zeichnet sich durch breite Produktfelder aus:

- Bauwirtschaft (Tief- und Hochbau), Betonwaren,
- Fassaden- und Dacheindeckungen, Bodenbeläge,
- Grabmale, Kunstobjekte,
- Stahlproduktion, Rauchgasentschwefelung, Bleichmittel, Futtermittel, Düngemittel.

Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt beim verarbeitenden Gewerbe bei 134 und in der Steinindustrie bei 30 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die Produkte werden zu 66 % regional, zu 28 % national und zu 6 % international abgesetzt.

Zu beachten ist, dass die Abgrabungs-

industrie in Südwestfalen für andere Branchen einen Beschäftigungsfaktor 7 besitzt. Bei ca. 2.000 eigenen Beschäftigten sorgt sie somit für rund 14.000 Arbeitsplätze in anderen Branchen. Direkt und indirekt sind rund 16.000 Arbeitsplätze von ihr abhängig.

In der Region Beckum/Neubeckum/Ennigerloh arbeiten nach einer Erhebung des DGB im Februar 2007 rund 540 Beschäftigte in der Zementindustrie.

Nach einer Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für die Zement- und Kalkindustrie am Teutoburger Wald von 1998 entfallen auf jeden Arbeitsplatz in der Zementindustrie rund 3,2 weitere Stellen in zuliefernden und ausrüstenden Branchen.

Wenden wir diesen Schlüssel auf die Zementindustrie in Beckum, Neubeckum und Ennigerloh an, so ergäbe sich daraus eine Zahl von rund 1.730 Arbeitsplätzen, die indirekt von der Zementherstellung abhängen. Direkt und indirekt sind somit rund 2.270 Arbeitsplätze von ihr abhängig.

Die Bedeutung der Zement-, Kalk- und Steinindustrie ist für Südwestfalen und Beckum/Neubeckum/Ennigerloh ein nicht zu unterschätzender Faktor und benötigt Perspektiven für die Zukunft.



### 3. Perspektiven und Zielsetzung

4

Mineralische Rohstoffe sind durch die Lagerstätten standortgebunden und nicht umsiedelbar. Sie sind nicht vermehrbar und nur begrenzt verfügbar. Daher ist unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit ein schonender Umgang mit bestehenden Ressourcen unvermeidbar. Die planerische Bereitstellung und Absicherung der benötigten heimischen Rohstoffe bewerten wir als eine bedeutende infrastrukturelle und beschäftigungspolitische Aufgabe.

Wir unterstützen die Ansicht der NRW-Landesregierung im Arbeitsbericht »Rohstoffsicherung in Nordrhein-Westfalen«, Düsseldorf, Dezember 2005, Seite 29:

“Eine Herauslösung der Rohstoffsicherung aus dem Spektrum staatlicher Vorsorgeplanung, also die Regelungsmechanismen und Vorgehensweisen 'dem Markt zu überlassen', kann angesichts der spezifischen raumbelastenden Auswirkungen von Gewinnungsmaßnahmen einerseits und der naturräumlichen und wirtschaftssektoralen Schutzerfordernisse andererseits nicht in Betracht kommen, zumal das dezidierte landespolitische Ziel fortbesteht, steuernden Einfluss zu behalten auf die allgemeine geordnete Raumentwicklung.”

Der Abbau von Steinen greift in den Naturhaushalt ein. Zielsetzung ist deshalb eine langfristige Investitionssicherung für

die Arbeitsplätze in der Zement-, Kalk- und Steinindustrie verbunden mit einem verantwortlichen Umgang mit dem natürlichen Lebensraum.

Denn dort, wo Rohstoffe und Umwelt für die Entwicklung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft genutzt werden, brauchen wir zugleich langfristige Investitionen in den Naturschutz. Dies muss durch differenzierte Maßnahmen geschehen, wie beispielsweise:

- durch die Gestaltung natürlicher Lebensräume zum Schutz von Tieren und Pflanzen (u. a. durch weitgehende Renaturierung der Steinbrüche),
- durch Investitionen in umweltschonende Abbau- und Produktionsverfahren mit dem Ziel der Sicherung der Arbeitsplätze,
- durch verstärkte Ausbildung und Qualifizierung der Beschäftigten.

Die Investitionen zum Schaffen neuer Lebensräume für Natur, Tiere und Pflanzen sollen von denen getragen werden, die die Ressourcen wirtschaftlich nutzen.

Die Zement-, Kalk- und Steinindustrie in Südwestfalen und Beckum/Neubeckum/Ennigerloh gewinnt dann an Zukunftsperspektive, wenn die regionalen Akteure



## 4. Abgrabungs- und Planungssicherheit

den Willen zur Erarbeitung eines tragfähigen Konsens besitzen.

Der anzustrebende Konsens muss berücksichtigen, dass aus wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gründen die wertschöpfende industrielle Produktion von zentraler Bedeutung ist. Dies schließt eine langfristig angelegte Rohstoff-sicherung mit ein.

Die Gewinnung von Festgestein bedarf einer verbindlichen und konkreten Flächensicherung.

In Südwestfalen und Beckum/Neubeckum/Ennigerloh gewinnen die Unternehmen bis auf wenige Ausnahmen Festgesteine (Kalkstein, Grauwacke, Diabass u. a.). Die Gewinnung von Festgestein und die Betreibung von Zementwerken erfordern hohe Investitionskosten.

Aus diesem Grunde benötigen die Abgrabungsunternehmen von Festgesteinen und die Zementindustrie eine Planungssicherheit von 50 Jahren.

Bisher gewährte die Bezirksregierung Arnsberg diesen Unternehmen eine Planungssicherheit von 50 Jahren. Die Zeit von 50 Jahren unterteilt sich in 25 Jahre Planungssicherheit im Abgrabungsbereich und 25 Jahre Planungssicherheit für die Reservegebiete zukünftiger Abgrabung. Diese Praxis der Bezirksregierung Arnsberg hat sich bewährt.

Der DGB, die IG BAU und die IG BCE unterstützen die Planungssicherheit von 50 Jahren für die Abgrabungsunternehmen von Festgesteinen und für die Zementindustrie.



## 5. Abbau unterhalb des Grundwasserspiegels in Südwestfalen

Mit der Erweiterung des Abgrabungsbereiches Steinbruch »Kattensiepen« im Bereich der Stadt Rütten ist in Südwestfalen erstmalig der Gesteinsabbau unterhalb des Grundwasserspiegels geplant. Dieses Vorhaben führt zu einer kontroversen Diskussion im politischen Raume und in der Öffentlichkeit. Das Problem und die Diskussion wird durch die Tatsache intensiviert, dass die Lörmecke-Wasserwerk GmbH (LWW) die Gefahr sieht, dass bei einem zukünftigen Gesteinsabbau im Steinbruch »Kattensiepen« unterhalb des Grundwasserspiegels, eine Beeinträchtigung für die Trinkwassergewinnungsanlage Lörmecke-Quelle zu erwarten sei.

In einem Schreiben an den Arnberger Regierungspräsidenten Helmut Diegel vom 07.12.2005 führt die Lörmecke-Wasserwerk GmbH aus:

"Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, dass - obwohl es keine Erkenntnisse über eine hydraulische Verbindung zwischen dem oberdevonischen Knollenkalk (Kattensiepen) und dem Warsteiner Massenkalk (Lörmecke-Quelle) gibt - ein Restrisiko für die Trinkwassergewinnung bleibt."

Die Position des DGB, der IG BAU und der IG BCE hierzu ist:

Der Abbau von Gestein unterhalb des Grundwasserspiegels ist bedenklich,

- wenn dadurch die Gewinnung eines anderen Rohstoffes wie Wasser beeinträchtigt wird,
- wenn die Wasserversorgung der Bevölkerung gefährdet wird,
- wenn andere Branchen, die auf Wasser angewiesen sind, wirtschaftliche Nachteile erleiden.

Der Abbau unterhalb des Grundwasserspiegels ist nach unserer Auffassung im Abgrabungsbereich »Kattensiepen« nur dann zulässig, wenn die Gefährdung der Wassergewinnung in Warstein-Rüthener Raum ausgeschlossen ist.

Die fachliche und politische Zustimmung zu einer Abgrabung unterhalb des Grundwasserspiegels für den Steinbruch »Kattensiepen« kann keine präjudizierende Wirkung für den Abbau unterhalb des Grundwasserspiegels in anderen Abgrabungsbereichen besitzen.

Der DGB, die IG BAU und die IG BCE sind der Auffassung, dass jede Abgrabung unterhalb des Grundwasserspiegels in Südwestfalen einzeln überprüft werden muss und nur dann zulässig ist, wenn die im Zusammenhang mit der Gefährdung



## 6. Schlusswort

der Wassergewinnung verbundenen Restrisiken ausgeschlossen sind.

Ansonsten gelten für uns die Normen, die wir unter Punkt 3 beschrieben haben.

Der Stellenwert von Arbeit, Natur, Umwelt und Wirtschaftsentwicklung ist ausgewogen und nicht eindimensional zu betrachten. Der Mensch ist Teil der Natur, der, um seine Existenz zu bestreiten, auf Arbeit und Wirtschaftsentwicklung angewiesen ist. Die Lebensqualität des Menschen verbessert eine saubere Umwelt und eine gesunde Natur. Zukunftsfähige Politik greift hier gestaltend ein, um Arbeitsplätze, Natur, Umwelt und Wirtschaftsentwicklung durch tragende Konsense in Einklang zu bringen.

Wir wünschen uns eine fruchtbare Diskussion in den Unternehmen und Betrieben. Allen Interessierten aus Politik und Verbänden bieten wir unsere Bereitschaft zu einer öffentlichen Diskussion an.

Heinz Rittermeier  
Vorsitzender DGB  
Region Hellweg-Sauerland

Werner Kleiböhmer  
Geschäftsführer IG BAU  
Bezirk Westfalen Mitte-Süd

Paul-Werner Damm  
Bezirksleiter IG BCE  
Bezirk Hagen

Manfred Freitag  
Bezirksleiter IG BCE  
Bezirk Hamm



Herausgeber: DGB-Region Hellweg-Sauerland, Clemens-August-Straße 15, 59821 Arnsberg, Telefon 02 931- 96 37 00, Email [Arnsberg@DGB.de](mailto:Arnsberg@DGB.de) mit Unterstützung der IG BAU - Bezirk Westfalen Mitte-Süd, der IG BCE - Bezirke Hamm und Hagen und des DGB-Bundesvorstandes, Berlin. Veröffentlicht im April 2007.  
Verantwortlich: Heinz Rittermeier (Regionsvorsitzender).  
Satz & Gestaltung: PR-Service, Postfach 1045, 59591 Erwitte.  
Fotos: SO-PRESS, Veilchenweg 4, 59597 Erwitte.  
Druck: Kirchhoff Druck-Technik, Berger Straße 21, 59609 Anröchte.  
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.